

10. Dezember 2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

obwohl seit der letzten Rundmail erst wenige Wochen vergangen sind, ist wieder so viel auf der Bundesebene (auch mit Beteiligung der DGSF) geschehen, dass ich Ihnen noch vor Weihnachten erneut schreiben möchte. Es sind „bewegte Zeiten“ in denen wir uns bewegen – aber es bewegt sich auch was und wir bewegen auch was, in kleinen Schritten! Hier die Themen dieser Rundmail, die für Sie als Systemiker\*in in Jugendhilfe und Sozialer Arbeit interessant sein könnten:

- **Teilnahme der DGSF und SG an Abschlusskonferenz des SGB VIII-Dialogprozesses**
- **DGSF unterstützt Kampagne [#WirHabenPlatz](#) zur sofortigen Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger aus Griechenland**
- **Keine Schnellschüsse – Kindertagesbetreuung braucht Qualität! Eine Positionierung der DGSF zur Einführung eines neuen Ausbildungsgangs „staatlich geprüfte Fachassistenz für frühe Bildung und Erziehung“**
- **Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen gegründet**
- **Abschlussveranstaltung des Projekts „Vormundschaften im Wandel: Die Beziehungsgestaltung zwischen Vormund/in und Kind bzw. Jugendlichem/Jugendlicher“ mit DGSF-Beteiligung**
- **Bundesnetzwerks Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe**
- **Staatenbericht: Zweiter Kinderrechtebericht vorgelegt**
- **Dies und Das: Literaturhinweis: Betina Finke „Kinder in Heimen und Pflegefamilien“, rechtliche Rahmenbedingungen stat. Jugendhilfe (systemisch betrachtet)**

Ich wünsche Ihnen eine schöne und ruhige Weihnachtszeit, alles Gute für das Jahr 2020 und freue mich darauf, auch im kommenden Jahr gemeinsam mit Ihnen in unserem Fachverband und auf der Bundesebene die Jugendhilfe und Soziale Arbeit in systemischer Haltung mit zu gestalten.

Herzliche Grüße aus Köln!

Birgit Averbeck  
Fachreferentin für Jugendhilfe/-politik und Soziale Arbeit

*Wenn Sie die DGSF-Rundmail-Jugendhilfe nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine kurze Mail.*

---

### **Teilnahme der DGSF und SG an Abschlusskonferenz des SGB VIII-Dialogprozesses**

Am 9. Dezember 2019, fand die Abschlusskonferenz des SGB VIII- Dialogprozesses „Mitreden – Mitgestalten“ in Berlin statt. Die beiden systemischen Fachverbände wurden von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey eingeladen, an der Konferenz teilzunehmen. Filip Caby, DGSF-Vorstandsvorsitzender, Ulrike Borst, SG-Vorstandsvorsitzende, Lars Anker, DGSF-Experte für Inklusion und Birgit Averbeck sind der Einladung gefolgt. Frau BM Giffey machte in ihren Ausführungen deutlich, dass folgende Themen aus dem Dialogprozess der Fachöffentlichkeit (unter Beteiligung von Betroffenenvertreter\*innen) für den jetzt folgenden politisch-parlamentarischen Prozess verfolgt werden:

- Partizipation von Eltern und Kindern soll als Querschnittsthema in alle Fachthemen aufgenommen werden. Unabhängige Ombudsstellen sollen strukturell verankert werden.
- Die Heimaufsicht soll gestärkt werden.
- Ärzte sollen in Kinderschutzverfahren gestärkt werden und Rückmeldungen der Jugendämter erhalten
- Die Absicherung von Lebensorten von Pflegekindern soll gestärkt werden (Perspektivklärung für Pflegekinder)
- Verbindliche Regelung zur Begleitung von Care-Leavern nach dem 18. Lebensjahr
- Die Kostenbeteiligung von Kindern/Jugendlichen in stationären Einrichtungen/Pflegefamilie soll von 75 auf 25 Prozent gesenkt werden
- Ausbau präventiver niederschwelliger Hilfen im Sozialraum bei Erhalt des HzE-Rechtsanspruch
- Die Kinder- und Jugendhilfe soll alle Kinder mit und ohne Behinderung unter einem Dach erfassen und dann klären, welche Bedarfe bestehen

Die DGSF wird den weiteren politischen Prozess in Kooperation mit der SG insbesondere im Hinblick auf die Formulierungen im Pflegekinderwesen und zu der Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheitswesen kritisch-konstruktiv begleiten und kommentieren. Das parlamentarische Verfahren wird das Jahr 2020 andauern, die Gesetzesänderungen sollen 2021 verabschiedet in dieser Legislaturperiode rechtskräftig werden. Der Abschlussbericht des Dialogprozesses soll in Kürze unter <https://www.mitreden-mitgestalten.de/> abrufbar sein. Bislang liegt er nur in gedruckter Fassung vor.

### **DGSF unterstützt Kampagne [#WirHabenPlatz](#) zur sofortigen Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger aus Griechenland**

Eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter auch die DGSF, wendete sich bereits im Oktober 2019 mit einem Appell an die Bundesregierung, unbegleitete minderjährige Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen und ihnen so den notwendigen Schutz zukommen zu lassen. Mit Einbruch des Winters verschlechtert sich jetzt die Situation der jungen Menschen in den Lagern von Griechenland rapide. Etwa 3.000 Minderjährige leben unter katastrophalen Bedingungen auf der Straße, in Lagern für Erwachsene, in „Schutzhaft“, in Zelten und unter Planen. Die desaströse Situation zeigt massive Verstöße gegen die UN- Kinderrechtskonvention. Der Bundesverband unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (BumF) ruft gemeinsam mit einem breiten Bündnis in einem dringenden Nachruf zum Appell vom 2. Oktober 2019 die Bundesregierung erneut dazu auf, **noch im Dezember mindestens 1.000 geflüchtete unbegleitete Kinder und Jugendliche aus Griechenland in Deutschland aufzunehmen.**

Die DGSF schließt sich diesem Appell an. In einer Pressemitteilung des BumF heißt es „Es ist absurd, dass in Deutschland aufgrund fehlender Belegungen Einrichtungen für unbegleitete Minderjährige schließen müssen, während gleichzeitig über 3.000 Kinder und Jugendliche in Griechenland unter absoluter Missachtung des Kindeswohls verharren müssen.“ Träger der Jugendhilfe und andere Organisationen können die Kampagne unterstützen, indem sie Landes- und Bundespolitiker\*innen ansprechen und eventuell auch freie Plätze für unbegleitete Minderjährige aus Griechenland zur Verfügung stellen. Nähere Informationen und Musterschreiben finden sie unter [#WirHabenPlatz](#) und <https://b-umf.de/p/call-to-action-kampagne-wirhabenplatz/>.

### **Keine Schnellschüsse – Kindertagesbetreuung braucht Qualität! Eine Positionierung der DGSF zur Einführung eines neuen Ausbildungsgangs „staatlich geprüfte Fachassistenz für frühe Bildung und Erziehung“**

Die DGSF warnt vor einer Absenkung der Qualifikationsstandards in der Kindertagesbetreuung durch die Einführung einer „Schmalspurausbildung“ für frühpädagogische Fachkräfte und positioniert sich

gegen Pläne für eine gering qualifizierende Ausbildung von Personal für Kindertagesstätten. Mit ihrer Stellungnahme zu einem neuen Ausbildungsgang „staatlich geprüfte Fachassistenz für frühe Bildung und Erziehung“ appellierte sie an die Kultusministerkonferenz, ein entsprechendes Vorhaben bei der kommenden Sitzung am 5. Dezember nicht zu beschließen.

Zu der Stellungnahme der DGSF gelangen Sie hier: <https://www.dgsf.org/themen/stellungnahmen-1/keine-schnellschuesse-kindertagesbetreuung-braucht-qualitaet>

Eine weitere Stellungnahme der AGJ unter <https://www.agj.de/positionen/aktuell.html> und eine weiterer der GEW ist angehängt.

### **Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen gegründet**

Zehn Jahre nach Einrichtung des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ kam am 2.12.2019 der „Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Auf Einladung von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Johannes-Wilhelm Rörig, dem Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, trafen sich mehr als 40 staatliche und nicht-staatliche Akteure im Bundesfamilienministerium. Der Nationale Rat ist der Ort für den langfristig angelegten interdisziplinären Dialog auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen zur dauerhaften Bekämpfung von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und deren Folgen. Dem Gremium gehören neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und der Fachpraxis auch Betroffene an. Der Rat soll bis Sommer 2021 eine Verständigung über konkrete Ziele und Umsetzungsschritte erarbeiten, um die Prävention, Intervention und Hilfen für betroffene Kinder und Jugendliche spürbar zu verbessern und die Forschung weiter voranzubringen. Nähere Information, u. a. auch das Protokoll der 1. Sitzung und die Teilnehmerliste finden Sie unter: <https://beauftragter-missbrauch.de/presse-service/pressemitteilungen/detail/nationaler-rat>.

### **Abschlussveranstaltung des Projekts „Vormundschaften im Wandel: Die Beziehungsgestaltung zwischen Vormund/in und Kind bzw. Jugendlichen/Jugendlicher“ mit DGSF-Beteiligung**

Kinder und Jugendliche erhalten heute eine/n Vormund/in, bei denen eine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, d. h. der Vormundschaft ging eine entsprechend krisenbehaftete Lebenslage voraus. Die Frage nach der Beziehungsgestaltung zwischen Mündel und Vormund/in vor dem Hintergrund des Beteiligungsrechtes von Kindern und Jugendlichen ist Fokus eines 2-jährigen Forschungsprojektes des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS-Frankfurt a.M.) in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF) und dem Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V. (SkF) gewesen. Unterstützt wurde das Projekt vom Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft. Im Rahmen der Abschlusstagung am 16. März 2020 in Berlin werden zentrale Forschungsergebnisse vorgestellt und mit Fachkräften in der Vormundschaft diskutiert. Birgit Averbek, die im Beirat des neuen interdisziplinären Vereins Bundesforum Vormundschaften e. V. für die DGSF mitarbeitet, nimmt an der Podiumsdiskussion zu der Frage „Was kann die Praxis aus der Forschung zur Beziehung Vormund/in-Mündel lernen – und umgekehrt?“ teil. Informationen zu dem Projekt und der Veranstaltung unter: [https://www.dijuf.de/files/downloads/2020/Programm\\_Berlin\\_Abschlusstagung\\_VoWa.pdf](https://www.dijuf.de/files/downloads/2020/Programm_Berlin_Abschlusstagung_VoWa.pdf).

### **Bundesnetzwerks Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe**

Der „Verein zur Förderung des Bundesnetzwerks Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe e. V.“ setzt sich im Sinne des sozialen Verbraucherschutzes ein für die Interessen und Rechte junger Menschen, Familien und Personen, die Anspruch auf Sozialleistungen, insbesondere nach dem SGB VIII

haben. Informationen zu dem Netzwerk, die an Klienten weitergegeben werden können, den aktuellen Flyer mit den Adressen der Ombudsstellen des Bundesnetzwerkes, Gutachten und eine aktuelle Positionierung zu Ombudsstellen im SGB VIII-Reformprozess finden Sie unter <https://ombudschaft-jugendhilfe.de/das-selbstverstaendnis-des-bundesnetzwerks/>

## Zweiter Kinderrechtebericht vorgelegt

Der Kinderrechtebericht ist Teil des Staatenberichtsverfahrens für den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes. Das Staatenberichtsverfahren umfasst neben dem Bericht der Bundesregierung (sog. Staatenbericht), dem ergänzenden Bericht aus der Zivilgesellschaft (sog. „Schattenbericht“ aus Perspektive von NGOs, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen) und seit 2010 auch einen Bericht explizit aus Perspektive von Kindern und Jugendlichen. Die Sichtweise der Kinder und Jugendlichen wurde u. a. über eine Online-Befragung, eine Kita-Erhebung und Teilnehmungsworkshops bzw. -projekte ermittelt. Insgesamt wurden 225 Kinder und Jugendliche im Alter von 6-17 Jahren befragt. Download des Berichts, der viele interessante Einblicke in die Perspektive der Kinder auf ihre Rechte gibt, und weitere Informationen unter <http://www.kinderrechtebericht.de>.

## Dies und Das

Eine interessante Buchempfehlung: **Betina Finke „Kinder in Heimen und Pflegefamilien“, rechtliche Rahmenbedingungen stationärer Jugendhilfe**

Ein Anliegen des Buches ist es, den/die Leser\*in zu – in der systemischen Arbeit selbstverständlichen – Perspektivwechseln anzuregen. Dazu werden die im Setting einer Fremdunterbringung relevanten Themen aus den verschiedenen Rollenperspektiven der am Setting der Fremdunterbringung (möglicherweise) beteiligten Personen dargestellt und zueinander in Beziehung gesetzt. Hierzu gehört der Blick aus der Perspektive des Kindes, der Betreuungsperson(en) in Heim und Pflegefamilie, der Herkunftseltern, des Vormunds/Pflegers, des Jugendamtes in seinen unterschiedlichen Rollen, des Richters, Anwalts, Sachverständigen, etc.

Grundlage dafür sind die rechtlichen Rahmenbedingungen stationärer Jugendhilfe, die leicht verständlich – durch Auswahl und Auslassungen auf das (zunächst) Wesentliche reduziert und vereinfacht – mit den Worten des aktuellen Gesetzes dargestellt werden. Auch wenn es den betroffenen Familien, Kindern und Fachkräften in der Regel nicht bewusst ist, haben Rechtsvorschriften einen großen Einfluss auf das, was sie im Zusammenhang mit der Unterbringung eines Kindes erleben, wobei diejenigen, die praktisch mit der Fremdunterbringung von Kindern zu tun haben, feststellen werden, dass die Ideen des Gesetzes nicht immer mit der von ihnen erfahrenen Praxis übereinstimmen. Hier liefert das Buch Anstöße und Raum zum Weiter-, Nach- und Selber-Denken.

---

DGSF – Deutsche Gesellschaft für Systemische  
Therapie, Beratung und Familientherapie e. V.

Jakordenstraße 23 | 50668 Köln  
Fon 0221 168860-0 | Fax 0221 168860-20  
Mobil 0176 43246330  
[averbeck@dgsf.org](mailto:averbeck@dgsf.org) | [www.dgsf.org](http://www.dgsf.org)

Vertreten durch den Vorstand:

Dr. Filip Caby (Vorsitzender), Anke Lingnau-Carduck (Vorsitzende)  
(gemeinsam oder je mit einem weiteren Vorstandsmitglied vertretungsberechtigt)  
sowie Prof. Dr. Matthias Ochs, Matthias Richter, Valeska Riedel  
Registergericht: Amtsgericht Köln  
Registernummer: VR 13566